

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930**

29.4.1930 (No. 100)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karl-Friedrich-  
Straße Nr. 14  
Verantwortlich:  
Nr. 958  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 9515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Ständehausleiter  
Chefredakteur  
G. Menck  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einjährl. 32,50 RM, inkl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstag 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Diese sind Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, Zwangsweiser Weitertreibung und Anzeigenerhebung fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inhaber keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Staatsanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Amtlicher Teil

#### Verbot der Teilnahme auswärtiger uniformierter Nationalsozialisten an nationalsozialistischen Kundgebungen in Baden

Anlässlich eines von den badischen Nationalsozialisten in Durlach am 27. April veranstalteten sogenannten „Deutschen Tages“ ist es, wie in der Presse bereits berichtet wurde, zu schweren Ausschreitungen gekommen, an denen hauptsächlich uniformierte Nationalsozialisten aus der Pfalz beteiligt waren. Diese Vorgänge haben den Minister des Innern veranlaßt, mit sofortiger Wirkung im ganzen Lande Baden alle öffentlichen Kundgebungen, Aufzüge und Umzüge, Durchmärsche und Versammlungen unter freiem Himmel oder in geschlossenen Räumen zu verbieten, an denen sich Mitglieder außerbadischer nationalsozialistischer Organisationen in Uniform beteiligen. Außerdem sind die Bezirksämter ermächtigt, alle Kundgebungen usw. zu verbieten, sofern durch die Beteiligung von Nationalsozialisten in Bundeskleidung aus anderen Orten die Gefahr einer Störung des öffentlichen Friedens gegeben ist.

Dieses Verbot wird von allen ordnungsliebenden Kreisen der Bevölkerung begrüßt werden. Das Andersgestimmte zu Gegenkundgebungen aufreizende Verhalten der Nationalsozialisten in Durlach und ihr Vorgehen gegen die Polizei als die Vertreterin der staatlichen Autorität waren derart, daß unter allen Umständen einer Wiederholung solcher Vorgänge vorgebeugt werden muß. Das verlangt die Pflicht der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung. Wie in unserem Nachbarlande Hessen durch ein gleiches Verbot des Innenministers die Ausschreitungen von Frankfurter Nationalsozialisten unterbunden werden sollen, so soll Störungen der Ordnung und Sicherheit durch auswärtige Nationalsozialisten auch in Baden durch das obige Verbot ein Riegel vorgezogen werden. Keine politische Gruppe hat das alleinige Recht auf die Straße. Bei weiteren Bedrohungen des öffentlichen Friedens durch ihre Sturmabteilungen würden die Nationalsozialisten die Regierung zwingen, auch ein Uniformverbot auszusprechen.

#### Die Höheren Lehranstalten in Baden

Vom Unterrichtsministerium wird uns geschrieben: Auf Grund eines Landtagsbeschlusses hat die Unterrichtsverwaltung das Bedürfnis für den Fortbestand einer Anzahl von Klassen an Höheren Lehranstalten nachgeprüft. Zwei Ursachen sind es, die als Mißstand des Höheren Schulwesens immer drückender empfunden werden, einmal die starke zahlenmäßige Steigerung der Abiturienten und das andere Mal, es klingt dies fast widersprüchlich, die verhältnismäßig geringe Frequenz der oberen Klassen an Höheren Schulen kleinerer Städte, gegenüber welcher sich die damit für Staat und Gemeinden verbundenen hohen Ausgaben kaum rechtfertigen lassen.

Die Zahl der Abiturienten ist im Laufe der letzten Jahre unverhältnismäßig höher angewachsen, als die Zahl der Stellen, die Abiturienten offen stehen. Diese Entwicklung ist die Folge der Tatsache, daß leider vielfach mehr Stellen für den gehobenen Dienst in der Staats- wie in der Privatwirtschaft ohne die Nachweisung der Abiturberechtigung nicht mehr zu erlangen sind. In den kleineren Städten des Landes baute man infolgedessen in den letzten Jahren der Reihe nach die Höheren Lehranstalten zu Vollanstalten aus. Aus Realschulen machte man Oberrealschulen oder man baute sie zu Realgymnasien um, und die Folge ist nun, daß vielfach seitens der Schulleitungen selbst, Schüler zum Besuch dieser Anstalten gesucht werden müssen. Trotzdem weisen in manchen Städten die oberen Klassen nur eine ganz geringe Schülerfrequenz auf.

Die Unterrichtsverwaltung kam bei der Prüfung der Bedürfnisfrage zu dem Ergebnis, daß die Unterprima und die Oberprima der in den letzten Jahren aufgebauten Anstalten gekündigt werden sollen, und zwar so, daß im Jahre 1931 die Unterprima und im Jahre 1932 die Oberprima in Wegfall kommt. In den größeren Städten des Landes kommt ein Abbau in dieser Weise im allgemeinen nicht in Frage, weil es sich durchweg um ältere Vollanstalten handelt, an denen sich lediglich die Parallelklassen der Oberstufe vermehrt haben. Aus naheliegenden praktischen Gründen läßt sich eine Kontingentierung der

Klassen der Oberstufe dieser Anstalten nicht durchführen. Es kann aber nicht angehen, daß die Unterrichtsverwaltung in den größeren Städten des Landes der Entwicklung ihren freien Lauf läßt. Sie ist daher in Erwägungen darüber eingetreten, wie auch dort die Zahl der Abiturienten vermindert werden kann. Als ein Weg hierzu kommt die Einführung von Abschlußklassen auf der Unter- und Mittelstufe in Frage. Hierbei würden die für die Weiterführung weniger geeigneten Quartaner (Schüler mit vorwiegend praktischer Befähigung) in der Untertertia zu einem lehrplanmäßigen Abschluß geführt, der mit der Beendigung der Volksschulpflicht zeitlich zusammenfallen würde. Eine weitere Abschlußklasse könnte dann für Obertertianer, die sich gleichfalls für den Besuch der Oberstufe einer höheren Lehranstalt nicht eignen, in der Untersekunda gebildet werden. Der Unterricht in der Untertertia und in der Untersekunda in der Form von Abschlußklassen würde lehrplanmäßig so gestaltet werden, daß der Lehrgang einen gewissen Abschluß erhält. Letzteres wäre gegenüber dem bisherigen Zustand für den Übergang in den praktischen Beruf und in die Fachschulen ein nicht zu unterschätzender Vorteil. Die Beratungen über die Ausgestaltung und Durchführbarkeit dieses Planes sind jedoch noch nicht abgeschlossen.

#### Der Fall Mönch — Eine Richtigerstellung

In der Mannheimer „Volkstimme“ und im „Mannheimer Tageblatt“ wird die Direktion des Landesgefängnisses Mannheim angegriffen, weil sie gegen den Strafgefangenen Gottlieb Mönch angeblich unnötigerweise Strafanzeige wegen Verleumdung des Anstaltsarztes erstattet habe. Diese Angriffe gehen fehl. Der Sachverhalt ist in Kürze folgender:

Mönch hatte sich wiederholt bemüht, Strafaussetzung zu erlangen, und als ihm dies nicht gelang, in bestimmter Weise die Behauptung aufgestellt und wiederholt, der Anstaltsarzt habe für ihn in einem früheren Verfahren Strafunterbrechung beantragt, weil sich damals seine (des Gefangenen) Schwester ihm hingeworfen habe. Es liegt auf der Hand, daß ein derart schwerwiegender Vorwurf gegen einen Beamten nicht einfach unbeachtet bleiben konnte, sondern untersucht werden mußte und daß, wenn er, wie hier, sich als völlig unbegründet erwies, gegen den Verleumder strafrechtlich vorgegangen werden mußte. Dies um so mehr, als mit der Möglichkeit zu rechnen war, daß der Gefangene seine Behauptung nach seiner Entlassung wiederholte.

Das Justizministerium hat daher, nachdem ihm von der Direktion des Landesgefängnisses Mannheim pflichtgemäß über den Vorfall berichtet worden war, gemäß § 196 StGB. Strafantrag wegen Verleumdung gegen den Gefangenen gestellt. Ein Strafantrag des Anstaltsarztes war hierzu nicht erforderlich. Der Gefangene selbst hat — aber erst im Verlauf des Strafverfahrens — erklärt, daß seine Behauptung jeder Grundlage entbehre. Das Strafverfahren endete mit der Verurteilung des Gefangenen zu 6 Wochen Gefängnis. Inwiefern bei dieser Sachlage gegen die Direktion des Landesgefängnisses Mannheim oder gegen einen Beamten dieser Behörde ein Vorwurf erhoben werden kann, ist unerfindlich.

#### Wer wird Nachfolger Doumergues?

W.V. Paris, 29. April. (Tel.) Das „Echo de Paris“ beschäftigt sich mit der Frage: „Wer wird nach Ablauf der Präsidentschaftsperiode Doumergues zum Präsidenten der Republik gewählt werden? — Eine Wahl, die am 13. Mai 1931 fällig ist.“ Das Blatt erklärt, daß sowohl Doumergues wie auch Poincaré abzulehnen, wieder für diesen Posten zu kandidieren. Es nennt in der Reihe der möglichen Kandidaten außer den Präsidenten von Senat und Kammer die Senatoren Peret und Chéron sowie Briand.

#### Eröffnung der größten Schleuse der Welt

W.V. Amsterdam, 29. April (Tel.). In IJmuiden, dem Vorhafen von Amsterdam, wird heute in Gegenwart der Königin die feierliche Eröffnung der neuen, großen Nordseeschleuse vor sich gehen. Diese Schleuse stellt die zur Zeit größte der Welt dar. Während die seit dem Jahre 1909 bestehende, bisherige neue Schleuse Dimensionen von 225x10 Meter aufweist, betragen die Abmessungen der jetzigen neuesten Schleuse in der Länge 400 Meter, in der Breite 50 Meter und im Tiefgang 15 Meter. Durch die neue Schleuse werden die größten Schiffe der Welt Amsterdam erreichen können. Weil in der Nähe der Schleuse kein Trockenbod von ausreichender Tiefe vorhanden ist, wurden die drei Tortammern der Schleuse als Trockenbod ausgebildet. Die Gesamtkosten belaufen sich auf rund 19,5 Millionen holländische Gulden.

### \* Neuorientierung der Parteien?

Wie sich jetzt herausstellt, ist der deutschnationale Parteiführer Hugenberg am Freitag doch nicht vorsichtig genug gewesen. Während er glaubte, eine Resolution durchgedrückt zu haben, die allen Teilen gerecht wird und die Gruppe der Fasager notdürftig bei der Stange hält, hat gerade diese Resolution im Zusammenhang mit dem ganzen Verlauf der Parteivorstandssitzung zu einer Aktion des Grafen Westarp geführt, die man nicht anders auffassen kann als den ersten Schritt zur Lösung von der Partei.

Die Parteivorstandssitzung hatte auf Westarp einen so niederschmetternden Eindruck gemacht, daß er anfangs entschlossen war, sich überhaupt von der Partei und der Politik zurückzuziehen. Seine Freunde haben ihn dann bewogen, von diesem seinem Entschluß abzugehen und, statt zu resignieren, in aller Form und auf breiter Front den Kampf mit Hugenberg anzunehmen. Die Gruppe der Fasager mit dem Grafen Westarp an der Spitze betrachtet eben die autokratische Politik Hugenberg als ein Unglück nicht nur für die Rechte, sondern auch für die gesamte deutsche Wirtschaft.

Graf Westarp hat für übermorgen, für Donnerstag, eine Sonderfraktion aller der Reichstagsabgeordneten einberufen, die mit der Entschließung des Parteivorstandes nicht einverstanden sind. Westarp bezeichnet in seiner Einladung die Resolution vom Freitag als „einen unzulässigen Eingriff in die Freiheit der Fraktion“. Ganz richtig wird die Tatsache dieser Sonderfraktion als der Anfang vom Ende empfunden. „Wenn sich erst einmal innerhalb einer Fraktion eine Sonderfraktion bildet, die zu Sonderfraktionen zusammentritt, dann ist damit die Bildung einer neuen Fraktion schon fast zur Tatsache geworden.“ So urteilt die Hugenberg ergebene „Deutsche Zeitung“. Und auch sonst wird allgemein damit gerechnet, daß am 1. Mai 30 bis 32 deutschnationale Abgeordnete die Fraktion verlassen werden. Wie die „Deutsche Tageszeitung“, die als Landbundorgan der Gruppe der Fasager besonders nahesteht, sich von unerwarteter Seite schreiben läßt, „wird sich die Fraktionsmehrheit, bestehend aus den Fasagern, dem Beschluß des Parteivorstandes nicht fügen; diese Mehrheit habe zu viele selbständige Persönlichkeiten, und die Dinge seien viel zu weit vorgeschritten, als daß mit einer Duldung solcher Provokationen wie der der Parteivorstandssitzung zu rechnen wäre. Dazu seien auch die Kräfte zu stark, die hinter der Fraktionsmehrheit stünden“. Hier wird also mit aller Bestimmtheit erklärt, daß die Gruppe der Fasager der Zustimmung eines sehr großen, wenn nicht des größeren Teils der Wählerschaft gewiß sein könne.

Inzwischen hat auch die Krise innerhalb der Deutschdemokratischen Partei ein neues Stadium erreicht. Das Verdammungsurteil, das kürzlich Hellpach über die Politik der Partei aussprach, ist jetzt, wenn auch von ganz anderen Voraussetzungen aus, von Herrn Tanzen, dem agrarpolitischen Sachverständigen der Reichstagsfraktion der Demokraten, bestätigt worden. Tanzen ist in einer Hinsicht noch weiter gegangen als Hellpach: er ist gleich aus der Partei ausgetreten. Man darf die Argumente der beiden Männer nicht vergleichen und vor allem nicht als gleichwertig betrachten. Hellpach hatte zweifellos mit seinen Vorwürfen im ganzen recht, während Tanzen mit seiner Kritik der Agrarpolitik des Kabinetts Brüning durchaus danebenhant und sich jetzt parteioffiziös sagen lassen muß, daß seine Angriffe „jeglicher Substantierung entbehren“. Aber bezeichnend bleibt der Vorgang doch insofern, als er den innern Zerfall der Deutschdemokratischen Partei im Reich von neuem an einem eklatanten Beispiel demonstriert. Nach der Ansicht vieler praktischer Politiker im Bereich der Nachbarparteien der Demokraten hat die Deutschdemokratische Partei schon seit längerer Zeit ihre Existenzberechtigung verloren. Und richtig ist wohl das eine, daß, wenn morgen Reichstagswahlen stattfänden, die Demokraten kaum noch in Fraktionsstärke in das Parlament einziehen würden.

Wer die Entwicklung im deutschen Parteienwesen prüfen den Blickes übersehant, der wird zu der Ansicht gelangen müssen, daß kaum jemals vorher der Moment zur Bildung einer großen, staatsbeherrschenden bürgerlichen Partei oder Parteienarbeitsgemeinschaft so günstig gewesen wäre wie heute. Im Kabinett Brüning, das heißt auf der

Mit der Beilage: 55. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Grundlage gewisser gemeinsamer wirtschaftspolitischer Überzeugungen, haben sich bereits folgende Parteien zusammengefunden: Deutschdemokraten, Zentrum, Bayerische Volkspartei, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei, Christlich-nationale Arbeitsgemeinschaft. Und jetzt ist auf der rechten eine Entwicklung im Gange, welche den Eintritt der neuen Fraktion Schiele-Bestarp erwarten läßt. Alle diese Parteien haben wirtschaftspolitisch im wesentlichen dieselben Ziele vor Augen. Und alle diese Zielen unterscheiden sie von der Sozialdemokratie. Gemeinsam mit der Sozialdemokratie ist ihnen die teils durch das Gefühl, teils durch den Verstand bedingte Anerkennung der republikanischen Weimarer Verfassung, mögen auch die Wünsche nach einer zweckmäßigen Reform dieser Verfassung in einzelnen Punkten hier und da recht dringend sein.

Eine größere Konzentration im deutschen Parteiwesen wäre sicherlich kein Schaden für unsere gesamte Politik. Wir würden sicherlich mit vier großen Parteigruppen besser und schneller vorwärtskommen als jetzt mit dem Dutzend von Parteien und Parteien. Wir hätten zwei große staatsbeherrschende Parteigruppen, eine „sozialistische“ und eine „bürgerliche“. Und wir hätten ferner eine radikale Linke, die Kommunisten umfassend, und eine radikale Rechte, die Nationalsozialisten und die Hugenberg umfassend. Es ist bekannt, daß der Parteiführer der Deutschen Volkspartei, der Abg. Schulz, in letzter Zeit mehrfach die Notwendigkeit einer „bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft“ betont hat. Eine grundsätzliche Feindschaft gegenüber der Sozialdemokratie soll diese Gemeinschaft nicht bedeuten. Es wird diese Fragen — vor allem auch außenpolitischer Natur geben —, in denen die beiden großen staatsbeherrschenden Parteigruppen Hand in Hand gehen können. Wirtschaftspolitisch ist jedoch wohl fürs erste eine Übereinstimmung nicht zu erhoffen. Um so notwendiger ist es, daß die Wirtschaftspolitik, welche den Parteien der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft gemeinsam vorschwebt, auch gemeinsam vertreten würde.

Es sind Zukunftsaussichten, die sich da vor uns eröffnen. Ob sie Wirklichkeit werden, scheint uns indessen schon deshalb fraglich zu sein, weil der Drang zum Zusammenbruch im deutschen Volke schlechthin nicht sehr ausgeprägt ist, und wohl auch deshalb, weil das, was man die Parteibürokratie nennt, innerlich solchen Zusammenbruchbestrebungen meistens ablehnend gegenübersteht.

### Die deutschen Agrarzölle Deutschlands Antwort an Polen

Das deutsche Auswärtige Amt hat jetzt die polnische Protestnote gegen die Erhöhung der deutschen Agrarzölle beantwortet. Die deutsche Note begründet, wie die „Voss. Ztg.“ zu berichten weiß, die deutschen Zollerhöhungen, vor allem mit drei Gesichtspunkten:

1. Bei der Erhöhung der deutschen Agrarzölle hatte es sich um wirtschaftliche Notmaßnahmen, die als solche in keinerlei Widerspruch zu der Convention commerciale stehen, die am 24. März in Genf auch von Deutschland unterzeichnet wurde.
2. Der deutsch-polnische Wirtschaftsvertrag wird durch die Erhöhung der Agrarzölle nur in einigen wenigen Punkten berührt werden, so daß das Interesse Polens an den deutschen Zollmaßnahmen als verhältnismäßig gering zu betrachten ist.
3. Die juristische Unanfechtbarkeit der deutschen Zollerhöhungen trotz des eben abgeschlossenen deutsch-polnischen Handelsvertrags wird auch von der polnischen Regierung nicht bestritten.

Über die Stellungnahme anderer an der landwirtschaftlichen Einfuhr nach Deutschland interessierter Staaten berichtet das genannte Blatt, daß Österreich und die Schweiz durch ihre Gesandten in freundschaftlicher Weise angefragt haben, ob nicht für den kleinen Grenzverkehr die Verzollung der Milch aufgehoben werden könne. Voraussichtlich wird man dem von diesen beiden Staaten geäußerten Wunsch entgegenkommen können, weil sich sonst auch für deutsche Grenzgemeinden Härten ergeben würden. Infolgedessen ist ein Härteparagraf vorgesehen, der Ausnahmen von dem allgemeinen Milchzollsatz zuläßt.

### Unterzeichnung der Abkommen über die Ostreparationen

In Paris wurden Montag abend die vier Abkommen über die Ostreparationen unterzeichnet. Vor dem Unterzeichnungsakt hielt Roucheur in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Kommission für die Ostreparationen eine Ansprache, in der er erklärte, daß es von dem Geiste, in dem diese Abkommen in Kraft gesetzt würden, abhängt, daß andere wichtige Abkommen folgen und das Werk der begonnenen wirtschaftlichen Befriedung fortgesetzt werden könnte.

### Die Stellung des Apostolischen Nunzius in Berlin

Bei dem kürzlich erfolgten Wechsel in der Apostolischen Nunziatur in Berlin ist die Frage der Stellung des Nunzius innerhalb des diplomatischen Corps wieder aufgetaucht, insbesondere hatte man sich mit dem Anspruch der Kurie auf Anerkennung des Apostolischen Nunzius als Dolmetscher des diplomatischen Corps auseinandersetzen. Ein Rechtsanspruch auf eine derartige Stellung konnte, wie von unrichtiger Seite mitgeteilt wird, nicht eingeräumt werden, doch hat die deutsche Regierung in Anbetracht der Tatsache, daß der Nunzius, der Vertreter einer Macht von großer Weltgeltung, mit der Deutschland niemals Krieg geführt hat oder führen wird, die Deutschland gegenüber immer nur in wohlwollender Neutralität bestanden hat, nach Fühlungnahme mit dem diplomatischen Corps sich entschlossen, dem bei ihr beglaubigten Apostolischen Nunzius künftig aus Gründen der Courtoisie das Dekanat, d. h. die Eigenschaft des Dolmetscher, zuzugestehen. Der russische Botschafter in Berlin, als ältester Angehöriger des diplomatischen Corps, hat diese Entscheidung in Form einer Zirkularnote den übrigen Stellen übermitteln lassen.

Am Freitag, dem 2. Mai, Vormittags, wird der Reichspräsident den Apostolischen Nunzius, Mgr. Orsenigo, und den griechischen Gesandten Politis sowie den afghanischen Gesandten Abdul Hadi Khan empfangen.

Englische Tanks für China. Wie der „Observer“ aus Schanghai meldet, hat England, nachdem andere Mächte Kriegsmaterial nach China liefern, sein Verbot aufgehoben und wird in nächster Zeit Tanks nach China und Hankow liefern.

## Letzte Nachrichten

### Zur politischen Lage im Reich Das Ostprogramm — Die Krise bei den Demokraten

M. Berlin, 29. April. (Priv.-Tel.) Wie das Reichsfinanzministerium mitteilt, sind alle in der Presse veröffentlichten „Ostprogramme“ lediglich Referenzenentwürfe, die Vorlage habe das Kabinett noch gar nicht passiert. Auch wird hinzugefügt, daß die dafür erforderlichen Mittel im Rahmen des Etats zur Verfügung stehen, und daß die Beschaffung neuer Summen dafür nicht notwendig seien.

Die Demokratische Partei hat ihren Parteivorstand zum 1. Mai und ihren Parteiausschuß zum 11. Mai einberufen, um zu den Austritten, den Angriffen auf die Führung und den Anträgen auf Sprengung der Koalition Stellung zu nehmen. Man glaubt, daß bei dieser Gelegenheit die jetzt so stark erörterte Frage der Zusammenfassung der Mitte zu einer Staatspartei zur Erörterung und damit auch zur Entscheidung kommt.

### Der österreichische Bundeskanzler in Paris Rom — Berlin — Paris

W.W. Paris, 29. April. (Tel.) Bundeskanzler Schöber, der zu einem offiziellen Besuch in Paris eingetroffen ist, gewährt einem Vertreter des „Petit Parisien“ ein Interview.

Dr. Schöber ging dabei auf den Sinn seiner Auslandsreisen ein und erklärte, nach der Meldung des Blattes, er habe die Ansicht, die sich nach der Haager Konferenz für Österreich eröffnete, daß man nach Rom zu fahren und die Mißverständnisse, die die nachbarlichen Beziehungen zwischen Italien und Österreich störten, aus dem Wege zu räumen. Was die Reise nach Berlin betreffe, so habe er sich angefangen, die engen Beziehungen zwischen der österreichischen und der reichsdeutschen Bevölkerung gefreut, daß diese Reise ihm Gelegenheit geboten habe, sein Einverständnis mit den leitenden deutschen Staatsmännern festzustellen.

Ebenso gern nehme er jetzt auch mit den französischen Staatsmännern Fühlung; denn wenn er auch jetzt nicht mehr als Botschafter komme, sondern als Vertreter eines freien Volkes, so lege er doch angefangen, den durchzuführenden Wirtschaftsprogramms größten Wert darauf, daß man im Ausland die Absichten Österreichs ganz gerecht und objektiv beurteile, und überall die Überzeugung gewinne, daß die Konsolidierung Österreichs für den Frieden in Mitteleuropa von hervorragender Bedeutung sei.

### Russische Note an Polen

W.W. Moskau, 29. April. (Tel.) Wie die Telegraphenagentur der Sowjetunion erfährt, übergab der Sowjetgesandte in Warschau, Antonoff Dwojtschenko, gestern im Auftrag der Sowjetregierung dem polnischen Außenminister Jaleski eine Note im Zusammenhang mit dem Sprengstoffanschlag auf die Sowjetgesandtschaft in Warschau.

In der Note Polens lenkt die Sowjetregierung die Aufmerksamkeit auf den Umstand, daß der Sprengstoffanschlag nur unter Bedingungen erfolgen konnte, die auf Grund der verstärkten sowjetfeindlichen Tätigkeit gewisser Kreise in Polen und eines mit ihnen in Verbindung stehenden Teiles der polnischen Presse entstanden seien. Diese Tätigkeit, die zweifellos auch mit der Aktion gewisser internationaler Faktoren im Zusammenhang stehe, stehe nicht allein für die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Polen, sondern auch für den Weltfrieden die größte Gefahr dar. Die Sowjetregierung weise auf die außerordentliche Gefahr der Lage hin. Sie sehe sich ferner veranlaßt, der polnischen Regierung die Verantwortung für die Ergeißung wirksamer Maßnahmen zur Beilegung dieser Lage aufzuerlegen.

### Der Zusammenbruch der Holstenbank vor Gericht

W.W. Kiel, 29. April. (Tel.) Vor dem erweiterten Schöffengericht in Kiel begann heute vormittag der Prozeß gegen die Kieler Kaufleute Wilhelm Tilsen sen. und dessen beide Söhne, Franz und Wilhelm, durch deren Betrügereien, die Mitte vorigen Jahres zum Zusammenbruch des von ihnen betriebenen Bankhauses führten, etwa 8000 kleine Sparer in Kiel und in der Provinz um rund 300 000 Reichsmark Spargelder gebracht wurden. Die Angeklagten, die erst im März dieses Jahres wegen Fluchtverdachts in Haft genommen wurden, haben sich wegen Kontursverbrechens, Bilanzfälschung, Vergehens gegen das Aktienrecht und das Depotgesetz und wegen falscher Buchführung zu verantworten.

### Drei polnische Flieger über Ostpreußen

W.W. Allenstein, 29. April. (Tel.) Wie die Flugüberwachungsstelle Allenstein mitteilt, überflogen heute vormittag 9.50 Uhr drei polnische Militärflieger aus der Richtung Roggen in der Kreis Heidenburg die Ostschafien Baranowen und Hlaberg (Kreis Ortelsburg). An der deutsch-polnischen Zollstraße bogen die Flieger rechts ab und verliefen den ostpreussischen Boden in der Richtung nach Warschau.

### Kleine Chronik

Am 25. April wurde bei einem Verjuchsschießen auf dem Kreuzer „Karlruhe“ das Ersatzrohr einer 15-Zentimeter-Kanone beschädigt. Von der Besatzungsmannschaft wurden einige Leute durch kleine Metallsplitter leicht verletzt. Ernstere Verwundungen sind glücklicherweise nicht vorgekommen.

In der Nacht zum Montag ist im großen Potsdamer Waisenhaus das Bild des Reichspräsidenten Ebert, das im Speisesaal neben einem Bild des jetzigen Reichspräsidenten aufgehängt war, aus dem Rahmen geschnitten, zerrissen und aus einem Fenster, das nach der Spornstraße zu gelegen ist, geworfen worden.

„Morning Post“ zufolge, ist die Beschädigung der Steuerfläche des englischen Luftschiffes „R 100“ erheblicher, als man zunächst angenommen hatte. Die Ausbesserungsarbeiten werden mindestens 10 bis 14 Tage in Anspruch nehmen. Dann muß das Luftschiff noch eine Reihe von Probeflügen ausführen, bevor es den geplanten Flug nach Kanada antreten kann.

Wittermeldungen zufolge sollen amerikanische Zollbeamten ein mit französischen Weinen erster Klasse beladenes Lastautomobil beschlagnahmt und den Wein, der einen Wert von einer Million Franken gehabt haben soll, in den Niagarafall geschleudert haben.

Während eines Sturms sank auf dem Flusse Yamuna in Ostbengalen der Dampfer „Condor“. Von 300 Passagieren, die sich an Bord befanden, sind bisher nur 20 als gerettet gemeldet worden.

Zur Vorbereitung der deutschen Reparationsanleihe im Betrage von 300 Millionen Vorkurs findet am 1. Mai in Brüssel eine Bankierkonferenz statt.

In der Disziplinarische gegen Oberbürgermeister Böh wurde auf 20. Mai Termin zur mündlichen Verhandlung angefahrt.

Ergebnislose Rahmentarifverhandlungen in Nordwest. Die Verhandlungen über den Rahmentarif mit den Arbeitgeberverbänden der Gruppe Nordwest und den Vertretern der drei Metallarbeiterverbände hatten, wie aus Offen gemeldet wird, wiederum keinelei Ergebnis. Erneute Verhandlungen sind auf den 8. Mai festgesetzt worden.

Das Genfer Sicherheitskomitee ist am Montag zu seiner vierten Tagung zusammengetreten.

Das englische Königspaar staltet dem Luxemburger Hof einen Besuch ab.

## Die Organisationsgrundsätze in der heutigen deutschen Polizei

Von Ministerialrat Dr. Sarda (Karlsruhe)

Die heutige Polizeiwissenschaft gliedert sich in die allgemeine Polizeilehre, die die Grundsätze und technischen Einrichtungen der Polizei beschreibt, und in die Polizeiverwendungslehre, die angibt, wie die polizeilichen Nachmittel im einzelnen zu verwenden sind. Die Polizeiwissenschaft ähnelt damit der Nationalökonomie, die bekanntlich ebenfalls in die allgemeine Volkswirtschaftslehre und in die Volkswirtschaftspolitik gegliedert wird. Die Polizeiwissenschaft kann sich daher nicht auf die Erfahrungen und Notwendigkeiten eines Landes beschränken, sondern geht über die Ländergrenzen hinaus und muß als eine internationale Wissenschaft angesehen werden. Auch die Methode beider genannten Wissenschaften ähnelt sich weitgehend; sie ist vorwiegend induktiv, d. h. nicht a priori bestimmt, sondern aus den Erfahrungen des Lebens und der Praxis abgeleitet.

Im Rahmen der Staatsverwaltung muß heute die Polizeiverwaltung betrachtet werden als die Verwaltung der Sicherheitspolizei. Das gilt für das Ausland sowohl wie für Deutschland. Alle neueren deutschen Polizeigesetze betonen diesen Grundgedanken, indem sie die Sicherheitspolizei dem Staat und die sogenannte Wohlfahrtspolizei den größeren Gemeinden zuweisen. Hier haben wir den ersten Organisationsgrundsatz der modernen Polizei: die Verstaatlichung des Sicherheitsdienstes. Dabei wird unter Sicherheitspolizei verstanden der Schutz des Staates, der Person und des Eigentums gegen Angriffe, die Verhütung und Verfolgung strafbarer Handlungen sowie die Sicherstellung des Verkehrs, Aufgaben der Wohlfahrtspolizei sind demgegenüber z. B. Hauptpolizei, Wohnungspolizei, Feuerchutz usw.

Ein weiterer Hauptorganisationsgrundsatz der modernen Polizei ist ferner die engere Verflechtung aller Polizeidienststellen einschließlich der Gendarmen für die Zwecke des Sicherheitsdienstes und die Technisierung der Polizei. Hier ist zu erwähnen, daß der Friedensvertrag die deutsche Polizei zahlenmäßig eng begrenzt hat, trotzdem auch die mittelbare Polizeiwirkung des Heeres gleichzeitig gemindert wurde. Es sind uns im ganzen nur gestattet 100 000 staatliche und 50 000 gemeindliche Polizeibeamte sowie 16 000 Gendarmenbeamte. Die Unterverteilung dieser Kräfte auf die Länder und freien Städte ist unter Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse durch das Reichsministerium des Innern erfolgt. Aber auch in Bewaffnung und Organisation sind uns durch den Friedensvertrag bestimmte Grenzen gezogen worden. Nur jeder dritte Polizeibeamte darf im Besitz eines Karabiners sein, besondere technische Formationen, z. B. Maschinengewehrformationen, sind verboten, ebenso besondere Stäbe und besondere Polizeintenabteilungen. Die Organisation muß sich der „Organisation von 1913“ anpassen. Dabei ist, übrigens nicht nur in Deutschland, sondern wohl in allen Kulturländern, unter dem Einfluß des Krieges die Kriminalität wesentlich gestiegen. Aus beiden Gründen ergab sich die Notwendigkeit, die gesamte Sicherheitspolizei technisch möglichst gut auszustatten und auch die Beamten des staatlichen Sicherheitsdienstes in ihrer Leistungsfähigkeit möglichst zu steigern. Der Grundgedanke einheitlichen Zusammenwirkens der Polizeikräfte ist aber auch überall nach dem Kriege über die Ländergrenzen hinaus besonders betont worden, was in vielfachen internationalen Vereinbarungen über den unmittelbaren Amtsverkehr der Polizeibehörden zutage tritt.

Ein weiterer, besonders wichtiger Grundgedanke der Polizeiorganisation ist ferner das Prinzip der Verhältnismäßigkeit, ein Grundgedanke, der insbesondere auch durch die allgemeine Finanzlage bedingt ist. Er hat überall nicht nur zu weitgehender Rationalisierung und Vereinfachung der Polizeiorganisation geführt, sondern er ist auch allgemein bestimmend für die Geltung der Polizei in der Öffentlichkeit. Dieser Grundgedanke stellt gewissermaßen den „gesunden Sinn“ im Sicherheitsdienst dar, der Überreibungen verhindert, Verschwendung entschuldigen muß. Es kann nur das Mögliche erreicht und getan werden.

Endlich ist zu betonen, daß überall die moderne Polizei einen stark sozialen Charakter im Gegensatz zum früher rein autoritären angenommen hat. Als Beispiel hierfür darf hingewiesen werden auf die Einrichtung weiblicher Polizei, die wir nicht nur im Ausland, sondern in weitem Umfange jetzt auch in Deutschland kennen.

Betrachten wir nun die Hauptgrundsätze der modernen Polizei in ihrer Auswirkung auf die deutsche Organisation. Dabei sei zunächst vom uniformierten Dienst ausgegangen. Die technische Organisationsform des uniformierten Dienstes der Polizei in Deutschland ist das Revier und die Bereitschaft. Die Bereitschaften umfassen die jüngeren kasernierten Polizeibeamten, die hier für den Einzeldienst in den Revieren vorbereitet werden, nachdem sie die Polizeischulklasse bereits durchlaufen haben. Inwiefern die Beamten der Bereitschaften zur Verstärkung des Einzeldienstes in den Revieren herangezogen werden, hängt von den Umständen ab. In Baden stehen wir auf dem Standpunkt mit Rücksicht auf die insgesamt in der neutralen Zone für uns verfügbaren Kräfte, daß in erster Linie der uniformierte Revierdienst, verstärkt gegebenenfalls durch den uniformierten Verwaltungsdienst, die auftretenden auch größeren Aufgaben lösen muß, zumal wir mit den Bereitschaften ja auch an die Verstärkung des staatlichen Sicherheitsdienstes auf dem Lande, für den regelmäßig die Gendarmen zu sorgen hat, denken müssen (sogenannte Schutzbezirke: Betreuungsbereiche der Polizeibehörden mit Bereitschaften). Außerdem stehen die kleineren Polizeidienststellen in einem gewissen Interaktionsverhältnis zu den größeren (z. B. Lörrach zu Freiburg), welche Unterstützung nach unserm Polizeigesetz für die Gemeinde kostenlos gewährt wird.

Im Revierdienst stehen diejenigen Beamten der staatlichen Polizeiverwaltungen, die ihren Dienst auf der Straße usw. verrichten. Überall in Deutschland haben wir in den Nachkriegsjahren eine Vermehrung der staatlichen Ortspolizeien eintreten sehen, eine Erscheinung, die, wie bemerkt, auch in den meisten anderen europäischen Ländern im letzten Jahrzehnt

festzustellen ist. Die Verstaatlichung folgt dabei insbesondere auch den Bedürfnissen der wirtschaftlichen Entwicklung. Ist die Organisation des Revierdienstes in den kleineren Städten verhältnismäßig einfach, so macht die Schwierigkeit mit dem Größwerden des Ortsbereichs. Aus dem einfachen Reviersystem der kleineren Städte wurde in den größeren Städten das Reviersystem mit zwischengeschalteten Polizeiamttern zur Entlastung der Zentralverwaltung, und wie die wirtschaftliche Entwicklung häufig über die Ortsbezirksgrenzen hinweggeht, so ist das auch in der modernen Revierorganisation zu beobachten, wofür in Deutschland das Polizeisystem an der Ruhr typisch ist. So wird z. B. die staatliche Ortspolizei in Bochum von einem Polizeipräsidenten, die in den Nachbarstädten Witten und Herne von detachierten Polizeiamttern verwaltet, die grundsätzlich und personell dem Bochumer Polizeipräsidenten unterstehen. Aber das Prinzip der Verhältnismäßigkeit führte darüber hinaus noch zu weiteren Vereinfachungen, indem örtlich gewisse Aufgaben der Polizeiverwaltung in die Reviere dezentralisiert wurden, so daß man die Polizeiamttern einschränken konnte und gewissermaßen zu detachierten Revieren kam. Ein Beispiel dafür ist das Verhältnis der Polizeidirektion Karlsruhe zu dem detachierten Polizeibezirk Durlach.

Aber nicht nur in der vertikalen Organisation wurde vereinfacht, sondern auch horizontal, indem nicht nur Beamte des uniformierten Dienstes, sondern auch Beamte des Kriminaldienstes und der Verwaltungspolizei in sogenannten Einheitsrevieren zusammengefaßt wurden. Auch hierdurch ist die Zentrale entlastet, und die dort beschäftigten Beamten werden für qualifizierte Arbeiten frei. Das Einheitsrevier ist heute wohl in allen deutschen Polizeiverwaltungen als anzustrebendes Ziel anerkannt, wenn auch noch nicht überall durchgeführt, denn die Durchführung erfordert ihrerseits wieder gewisse geübliche Vergrößerungen der übernommenen kleineren Polizeireviere.

Daß heute die größeren Reviere überall technisch besser ausgerüstet sind (Fernsprecher, Fernbruder, Schreibmaschinen, Kraftfahrzeuge usw.), bedarf keiner weiteren Ausführung und soll hier lediglich nach den oben entwickelten Organisationsgrundsätzen der Vollständigkeit halber erwähnt werden. Inwieweit in die Reviere noch sonstige Verwaltungsaufgaben, z. B. Meldewesen, gelegt werden, hängt von den örtlichen Verhältnissen ab; auch hier geht die Entwicklung in Richtung einer Dezentralisation.

(Fortsetzung folgt)

## Badischer Teil

### Verwaltungsratssitzung der Hafraba

In Baden-Baden fand am Montag eine Verwaltungsratssitzung des Hafrabaerates statt, Verein zur Vorbereitung der Antiostrasse Kanalstraße Frankfurt-Basel. Es waren circa 50 Vertreter interessierter Staaten und Städte erschienen. Vor allem bemerkte man Senatoren der Hansestädte, Vertreter rheinischer Städte, mehrere Regierungspräsidenten, Vertreter Hessens und Badens.

Am Sonntagabend hatte der Oberbürgermeister von Baden-Baden zu einer Begrüßungsfeier in den Rarmorallen des Kurhauses eingeladen. Bürgermeister Dr. Pohlke begrüßte die Gäste mit herzlichen Worten. Die Stadt Baden-Baden sehe in der Wahl Baden-Badens zum Tagungsort ein erfreuliches Zeichen der Verkehrsverbundenheit der Hafraba mit dem badischen Lande. Er gab dem Wunsch Ausdruck, daß das große Projekt der Hafraba-Strasse zum Nutzen des badischen Landes recht bald verwirklicht werde.

Dem Begrüßungsabend folgte am Montagvormittag im großen Rathsaussaal die 7. Verwaltungsratssitzung, die vom Oberbürgermeister Dr. Landmann, Frankfurt, dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates geleitet wurde.

Es war dem Vorstand gelungen, Reichsminister a. D. Koch-Weser zu einem Vortrag über Wirtschaftspolitik zu gewinnen. Der Redner skizzierte die Erfordernisse im Autostrassenbau. Deutschland brauche die gleichen Verkehrsfortschritte wie die wirtschaftlich mit ihm konkurrierenden Ländern, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Dazu diene ein festes Verkehrsprogramm. Ein Programm der rationalen Zusammenarbeit der Verkehrsmittel sei unbedingt notwendig, um das Chaos im Verkehrsweisen zu beseitigen, das durch einen Mangel von staatlicher Organisation des Verkehrswesens in seinen Auswirkungen verhängt werde. Der Kampf aller gegen alle müsse aufhören. An dessen Stelle müsse eine Regelung des Verkehrswesens von höherer Stelle treten. Der Redner machte den Vorschlag, einen Enqueteausschuß zur Sichtung der Verkehrsinteressen zu bilden. Er betonte dann, daß eine freie Entwicklung des Autobverkehrs wünschenswert sei und bemerkte, daß man sich nicht des Eindrucks erwehren könne, alle habe die Reichsbahn es veräumt, sich rechtzeitig um den Autowverkehr zu kümmern. Im Ausbau des Straßenverkehrs habe man in der Hauptsache zu untersuchen, wie man ein brauchbares System erhalte, das über die Grenzen der Länder hinweg eine rationelle Entwicklung des Verkehrs gestatte. Man brauche Autobahnen, die eine Aufschätzung der hohen Leistungsfähigkeit des Automobils erlaube und den Ansprüchen der Zukunft entspreche. Die Priorisierung der Herstellung der ersten dieser Autobahnen müsse aber der privaten Initiative entspringen, der man andererseits das Recht der Entgeltenthebung zugestehen müsse. Gleichzeitig müsse darauf hingewirkt werden, daß von staatlichen und kommunalen Behörden nur für wirkliche Autobahnen Entgelt erhoben werden dürfe. Eine derartige Regelung ergibt eine Möglichkeit zu einem gründlichen Verkehrssystem in Deutschland zu kommen. Abschließend bezeichnet der Redner den Bau von Autobahnen als Arbeit für die Zukunft, als Arbeit am Wiederaufbau der nationalen Wirtschaft. Es sei jetzt an der Zeit, den Mut für diese Arbeit aufzubringen.

Den mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen folgten warme Worte des Dankes durch den Vorsitzenden, Oberbürgermeister Dr. Landmann, der hervorhob, es habe sich bewährt, daß neue Verkehrsmittel neue Verkehrswerte schaffen, aber auch den alten Verkehrsmitteln neuen Nutzen brächten.

Oberregierungsrat Dr. Bierau vom badischen Finanzministerium referierte eingehend über den Stand der Verhandlungen bezüglich der Entgeltfrage, die die beste Aussicht auf baldige und friedliche Lösung biete. Er stellte fest, daß die grundlegenden Ideen eine günstige Meinung bei den maßgebenden Stellen des Reiches gefunden hätten.

Laut Antrag von Seiten des Vorstandes wurde beschlossen, der demnächst stattfindenden Mitgliederversammlung die Herabsetzung der Mitgliederbeiträge auf zwei Drittel der jetzigen Höhe zur Genehmigung zu unterbreiten.

Nach Erledigung einiger interner Vereinsangelegenheiten bedankte sich Dr. Landmann für die glänzende Gastfreundschaft Baden-Badens. Im Anschluß an die Verwaltungsratssitzung begaben sich die Verwaltungsratsmitglieder zum Grün-Saal im Kurhaus, wo der erste Vorsitzende des Hafrabaerates, Geheimrat Oden, einen Tischbildervortrag über das Problem eines deutschen Autobahnnetzes hielt. Die Ausführungen sind jedoch vorläufig nur vom akademischen Standpunkt aus zu betrachten.

Ein gemeinsames Mittagessen vereinigte anschließend die Teilnehmer an der Verwaltungsratssitzung der Hafraba.

### Reise des Badischen Landtags ins Frankenland

Ende letzter Woche kamen in Mosbach die Landräte und Bürgermeister des Kreises zu einer Versammlung zusammen, in der mitgeteilt wurde, daß der Badische Landtag am 22. Mai die geplante Fahrt ins Frankenland ausführen wird. Abelsheim soll der erste Besuch gelten. Von dort aus soll dann die Besuchsreise nach Taubertal, Weisheim gehen. Der zweite Tag ist für die übrigen Bezirksämter bzw. die Kreisstadt Mosbach angesetzt.

### Aus den Parteien

Am Sonntagabend begab sich in Offenburg eine Deputation der Deutschen Demokratischen Partei zu Oskar Muser, um ihm zu seinem 80. Geburtstag zu gratulieren. Für die Partei sprach der Parteisekretär Stahl, für die Fraktion Landtagsabgeordneter Ostheim und für die Offenburger Ortsgruppe Hauptlehrer Girsch. Dieser feierte den Jubilar als Vorbild, das in der Partei fortleben werde. Offenburg sei Oskar Muser besonderer Dank schuldig, und diese werde die Dankesschuld abtragen. In warmen Worten dankte der Jubilar für die überbrachten Glückwünsche, an die er in feinsinniger Weise einen kleinen Vortrag über den Begriff der Politik und das Wesen des Politikers anfügte. Einige musikalische Darbietungen beschloßen die feierliche Feier.

### Aus der Landeshauptstadt

#### Die Feuerstuhlwache

begann in Karlsruhe am Sonntag, wo um 9 Uhr vormittags einer großen Zahl von Besuchern die Räumlichkeiten, sämtliche Fahrzeuge und Geräte sowie Manöver und Exerzierübungen der Karlsruher Feuerwehr gezeigt und vorgeführt wurde. Am heutigen Dienstag, am Donnerstag, Samstag und Sonntag finden die gleichen Vorführungen statt. Für die Wochentage ist nachmittags 5 Uhr, für den Sonntag vormittags 9 Uhr vorgesehen.

Jeder Tag der Woche bringt dem Leser eine praktische Aufgabe zur Mitarbeit an der Feuerstuhlwache. Sorge jedermann dafür, daß in allen Betrieben, öffentlichen Gebäuden, Schulen, Gaststätten, Krankenhäusern, sowie in sämtlichen Wohnhäusern an geeigneter Stelle Adressentafeln angebracht werden, die folgende Angaben enthalten:

1. Nächster Feuermelder;
2. Nächste Feuerwache, Adresse und Telefonnummer derselben (es genügt Feuerwache — Karlsruhe ohne Nummernangabe);
3. Nächste Sanitätsstation — auch hier genügt Anruf: „Feuerwache — Karlsruhe“;
4. Nächster Arzt: Adresse und Telefon;
5. Nächste Apotheke: Adresse und Telefon;
6. Lage des Hauptgasabzuges in Wohnung und Haus!
7. Lage des elektrischen Hauptkastens im Haus und der Sicherungen in den Wohnungen;
8. Lage und Abperlmöglichkeit des Hauptwasserhahnranges;
9. Verwahrung des Verbandstafens bzw. des Materials zur ersten Hilfeleistung;
10. Kontrollierte Gure Böden und Kellerräume! Liegen da Papier- und Lumpenreize, Hausunrat und sonstige feuergefährliche Abfälle herum? Sie bilden eine stete Gefahr! Entfernen sie sofort. Weht Ihr mit offenem Licht oder Petroleumlampe auf Böden oder in Kellerräumen? Fast alle Dachstuhl- und Kellerbrände werden durch solche Unvorsichtigkeit verursacht! Beleht und warnt alle Hausbewohner!

Bessere Verbindung nach Rappnau. Zum Ausbau der Straßenbahnlinie nach Rappnau hat der Stadtrat Mittel in Höhe von insgesamt 66 500 M bewilligt.

Unveränderter Frischmilchpreis in Karlsruhe. Nach einem Beschluß des Verbandes badischer Milchbedarfsvereine sollen die Erzeugerpreise, die jetzt schon über 4 Jahre unverändert geblieben sind, auch weiterhin unverändert bleiben. Im Kreise Karlsruhe kostet der Liter Milch ab Hof 20 Pf.

Badische Lichtspiele — Konzerthaus. Draußen in der Natur blüht und sproßt alles, und das menschliche Auge erfreut sich an all der Pracht der Farben. Wenn nun eine feinsinnige Regie alles zum Klappen bringt, wie in dem Film „Wenn der weiße Flibler wieder blüht“, dann kann's ja an nichts mehr fehlen. Das Motiv zur Handlung bildet das Lied gleichen Namens. Wunderbare Aufnahmen aus der Natur geben den Hintergrund. — Im Beifilm sehen wir die Herstellung unserer Teppiche. Herrliche Farben und Muster bringt die Industrie hervor. Von der Schaffschur bis zur Fertigstellung ist ein weiter Weg voll Mühe und Arbeit. — Im ganzen ein recht nettes Programm, das geeignet ist, die Alltagsorgen für kurze Zeit vergeßen zu lassen.

Das Karlsruher Schwurgericht unter Vorsitz von Landgerichtspräsident Dr. Hubmann verhandelte am Montagvormittag gegen den 29 Jahre alten verheirateten Hilfsarbeiter Albert Pettich aus Perouse (Württemberg) wegen Brandstiftung. Der Angeklagte, der mehrfach wegen Diebstahl, Betrug usw. vorbestraft ist, geriet mit seiner Familie, Frau und drei kleine Kinder, in Not und machte größere Schulden. Ende des Jahres 1929 ließ der Angeklagte dann das wenige, was er noch besaß, gegen Feuer versichern und schloß einen Vertrag über 6000 M ab. Die Anklage wirft Pettich vor, am 16. Jan. 1930 vorsätzlich Brandstiftung verübt zu haben, indem er in seiner Wohnung in Forchheim Petroleum auf den Teppich goß und einen Brand herbeiführte, der nur durch das rasche Eingreifen der Feuerwehr keinen allzu großen Schaden anrichten konnte. Der Angeklagte gab den Tatbestand in vollem Umfang zu und erklärte, daß er sich damals in einer Lage befunden habe, aus der herauszukommen er keine andere Möglichkeit gesehen habe. Das Urteil lautete wegen vorsätzlicher Brandstiftung unter Zuhilfenahme weisgebendster mildernder Umstände auf die Mindeststrafe von einem Jahr Zuchthaus, worauf zwei Monate der erklärten Untersuchungshaft angeordnet wurden. Der Angeklagte nahm das Urteil an. — Wegen fahrlässigen Falschschicks erhielt der 36 Jahre alte verheiratete Viehhändler Jakob Wassermann aus Königsbach drei Monate Gefängnis. Der Angeklagte, gegen den die Anklage ursprünglich auf Weineid lautete, hatte am 21. November v. J. in einem Zivilprozeß vor dem Amtsgericht Forchheim unter Eid bezüglich eines Kuhhandels unrichtige Aussagen gemacht.

Badisches Landestheater. In der Aufführung „Der Zigeunerbaron“ am heutigen Dienstag wird die Saffi von Gertrud Weiling gesungen.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Die Annäherung der über Südrussland liegenden Zykone, die sich seit gestern noch vertieft und einen Ausläufer nach die Alpen bis nach Süddeutschland vorgetrieben hat, brächte uns härteres Auffrischen der Schwünde. Im Süden des Landes ist bereits Bewölkung aufgetreten. Unter dem Einfluß der genannten Zykone wird die gegenwärtig noch herrschende trodene und vorwiegend feitere Witterung nicht mehr von längerem Bestand bleiben. Wetterausichten: Wechselnd wolfig, fröhliche Gewitterregen. Temperaturen bei abflauenden Winden wenig verändert.

### Gemeinderundschau

#### Der Karlsruher Voranschlag für 1930

Der Voranschlag der Stadt Karlsruhe für das Rechnungsjahr 1930 ist festgestellt und wird dem Bürgerausschuß zur Zustimmung unterbreitet. Er schließt in Einnahme und Ausgabe nach Abzug der sogenannten durchgehenden Posten mit 51 542 380 Reichsmark ab, ist also ausgeglichen. Die Veränderungen, die sich aus dem Vollzug des Badischen Finanzgesetzes vom 16. April 1930 und aus den neuerlichen Steuererlassen des Reiches ergeben, sind berücksichtigt. Zum Ausgleich ist vorgesehen die Erhöhung des Wassergebührens von 12 auf 15 Reichspfennig je Kubikmeter und (bei Berechnung nach dem Steuerwert) von 1,5 auf 2 Reichspfennig monatlich von je 100 Reichsmark Steuerwert, die bereits in der Vorlage über die Errichtung des neuen Wasserwerks als Folge des erhöhten Kapitaldienstes angekündigt war, sowie die Einführung der in den meisten deutschen Städten schon bestehenden Stromzählermieten. Dagegen bleibt die Umlage unverändert.

Bürgermeisterwahlen. In Herdwangen wurde der bisherige Bürgermeister, Landtagsabgeordneter Osterwald, mit 382 von 396 abgegebenen Stimmen wiedergewählt. Wahlberechtigt waren 465. — In Abelsheim findet gemäß Gemeinderatsbeschuß am 15. Juni die Bürgermeisterwahl statt. — In Weitenau (bei Zell i. B.) wurde Bürgermeister Leonhardt mit 109 Stimmen wiedergewählt. Auf seinen Gegenkandidaten Schäfer fielen 48 Stimmen.

### Kurze Nachrichten aus Baden

Heidelberg, 27. April. In der Nachricht, als erster weiblicher Stadtvater in Baden sei Fräulein Willareth auf 1. Mai an die Providenzkirche in Heidelberg berufen worden, wird mitgeteilt: In der badischen evangelischen Landeskirche gibt es keine weiblichen Stadtväter. Fräulein Willareth ist dem Kirchenrat Dekan Schlier in Heidelberg als Pfarrschöffe zur Verwendung bei der Erledigung der Dekanatsarbeiten, in der Jugendarbeit und für sonstige Gemeindeaufgaben überwiesen worden. Zur Predigttaetigkeit und Sakramentsverwaltung ist sie nicht berufen.

Hd. Heidelberg, 27. April. Die Redar-Schiffahrt-A.G., die ab 18. Mai wieder die bekannten fahrplanmäßigen Personenfahrten ausführt, eröffnete am Sonntag auch die Sonderfahrten Heilbronn—Wimpfen und zurück und zum erstenmal seit Fertigstellung des Kanals die Fahrten Heilbronn—Sonthheim—Gorheim—Lauffen und zurück.

Hd. Heidelberg, 28. April. Am Universitätsneubau sind die Fundamente des Flügelbaues nahezu fertiggestellt, während beim Hauptbau in etwa 14 Tagen das erste Obergeschöf fertig sein wird. Mit dem Aufschlagen wird voraussichtlich Anfang Juni begonnen werden.

Hd. Königshofen b. Taubertal, 29. April. Nach einer Mitteilung des Reichswehrkommandos finden dieses Jahr Manöver im Taubertal statt. Die Schlupparade soll bei Königshofen abgehalten werden. Sindenburg wird an den beiden letzten Manövertagen in Königshofen weilen und die Parade persönlich abnehmen.

Hd. Gernsbach, 28. April. An den Folgen einer schweren Krankheit ist Fabrikant Richard Weber im Alter von 62 Jahren gestorben. Die Firma Wieland & Weber, Sägewerk, Oberstrot, erleidet durch den Tod einen empfindlichen Verlust. Der Verstorbene bekleidete mehrere Ehrenämter und gehörte längere Zeit hindurch auch dem Stadtrat an.

Hd. Baden-Baden, 28. April. In Baden-Baden ist gestern vormittag der berühmte Operettenkomponist Franz Lehár eingetroffen und im Hotel Stephanie abgestiegen. Er beabsichtigt, am kommenden Mittwoch seinen 60. Geburtstag in Baden-Baden zu verleben.

Hd. Freiburg, 28. April. Der Seniorchef der Opelwerke in Müllersheim, Geheimrat Dr. W. von Opel, hat dem Skiklub Schwarzwald eine hochherzige Spende gemacht. Er gab die Mittel zum Bau eines Trainingshauses auf dem Feldberg, das Käufer aus dem gesamten S.G.G. aufnehmen wird, die dort im Skilaufen ausgebildet werden sollen. Das Heim wird auch dem Deutschen Skiverband für Olympiatraining zur Verfügung gestellt werden. Das Trainingshaus ist Eigentum der Skijugend Freiburg und wird von dieser verwaltet. Es wird den Namen „Wilhelm-von-Opel-Haus“ tragen.

Hd. Kirchzarten, 29. April. Im Eschbachtal ist gestern der Martinshof, ein ziemlich großer Hof, vollständig eingestürzt worden. Das Vieh, bis auf die Schafe, konnte gerettet werden.

### Handel und Wirtschaft

#### Berliner Devisennotierungen

	29 April		28 April	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.41	168.75	168.35	168.69
Kopenhagen 100 Kr.	112.01	112.21	112.01	112.21
Italien . . . 100 L.	21.92	21.96	21.92	21.96
London . . . 1 Pf.	20.343	20.383	20.337	20.377
New York . . 1 D.	4.184	4.192	4.183	4.191
Paris . . . 100 Fr.	16.41	16.45	16.40	16.44
Schwiz . . . 100 Fr.	51.105	51.265	51.12	51.28
Wien 100 Schilling	58.995	59.153	58.985	59.105
Prag . . . 100 Kr.	12.399	12.419	12.399	12.419

#### Schlechte Wirtschaftslage im Kraichgau und Bruchrain

Ein knappes Zehntel der Zigarrenfabriken im Kraichgau und Bruchrain läßt zur Zeit noch die volle 48stündige Wochenarbeit verrichten, während in fünf Zehntel mit 32- und 24stündiger Arbeitszeit gearbeitet wird und restliche vier Zehntel infolge Konkurs, Verlusten und Unrentabilität ihre Tore geschlossen haben. Das ist die Ursache einer geradezu katastrophalen Arbeitslosigkeit. Die Orte Strübingen, Malsch, Mettigheim, Odenheim, Kronau, Weiber, Kirrlach, Rot, St. Leon und andere zählen zur Zeit über 4000 Arbeitslose, von denen laut „Bruchraier Zeitung“ aber nur rund 2200 Arbeitslose Erwerbslosen- und Krisenunterstützung erhalten. Viele Familien, die mit 5 und mehr Mitgliedern an ein und derselben Arbeitsstelle waren, sind heute ohne jeden Verdienst. Verschiedene junge Leute haben als Arbeiter in den Murgtal- und Schluchseckstrafwerken und als landwirtschaftliche Aushilfe auf Schwarzwaldhöfen Anstellung gefunden. Diese geringe Zahl kann aber das trostlose Gesamtbild nicht mildern. Die Bautätigkeit ist infolge der Miskstände in den Zigarrenindustriorten auf ein ganz geringes Maß beschränkt.

Auslandsanleihe der Redar-A.G. Die Redar-A.G. hat zur weiteren Finanzierung der Forschung der Redarkanalisation über Heidelberg hinaus eine 6proz. Anleihe in Höhe von 7 Millionen holländischen Gulden mit einer Laufzeit von 40 Jahren abgeschlossen. Von 1935 bis 1940 ist Rückzahlung zu 100 Proz. von 1930 an zu pari zulässig. Die Anleihe ist von einem holländischen Bankenkonsortium unter Führung der Firma Mendelssohn & Co., Amsterdam, übernommen und wird demnächst zu einem Kurs von etwa 90 Proz. in Holland zur Zeichnung aufgelegt werden.

Die neugewählte Handelskammer Konstanz trat am Freitag u ihrer ersten Sitzung zusammen. Die Kammer erledigte als ihren ersten Punkt die Rekonstitution, wobei das bisherige Präsidium, nämlich Handelskammerpräsident Frick, Grasmann, zum Präsidenten, und Dr. Emil Strohmeyer zum Vizepräsidenten einstimmig wiedergewählt wurden. Auch in der Zusammensetzung der Kommission der Kammer trat keine wesentliche Änderung ein.

**Albans- und Stuttgarter Lebensversicherungsbank AG, Stuttgart.** Nach Mitteilung der Gesellschaft sind die Abschlussarbeiten soweit gefördert, daß über das Ergebnis für den Gewinnverband der früheren Frankfurter Lebensversicherungs-AG. Arbeit besteht. Günstiger Sterblichkeitsverlauf und angemessene Kapitalerträge, sowie jetzt bereits erzielte erhebliche Einsparungen an Verwaltungslosten ermöglichen es, die Dividenden für die Versicherten, die die Frankfurter Lebensversicherungs-AG. für 1930 festgesetzt hatte, für das Jahr 1931 unverändert aufrechtzuerhalten.

**Erhöhung der Brennstoffverkaufspreise.** Im „Reichsanzeiger“ wird folgende Bekanntmachung über Brennstoffverkaufspreise veröffentlicht: Vom 1. April 1930 an können mit Rücksicht auf die von diesem Zeitpunkt an eingetretene Erhöhung der Umsatzsteuer, die in der Bekanntmachung vom 1. April 1930 veröffentlichten Brennstoffverkaufspreise um 0,10 b. S. erhöht werden. Soweit die Syndikate von der in dieser Bekanntmachung erwähnten Befugnis regionaler Staffelung der Preise Gebrauch gemacht haben, gilt die Preiserhöhung auch für die gestaffelten Preise.

## Staatsanzeiger

### Bekanntmachung.

**Gesetz zum Schutze der Republik**  
Zur Ausführung des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 25. März 1930 (Reichsgesetzblatt I Seite 91) wird auf Grund der Verordnung des Staatsministeriums vom 14. April 1930 mit sofortiger Wirkung bestimmt:

1. Die Auflösung von Vereinen nach § 9 Absatz 1 sowie alle Verbote von periodischen Druckschriften nach § 13 des Gesetzes werden vom Minister des Innern ausgesprochen und im Staatsanzeiger und im Reichsanzeiger bekanntgegeben; das gleiche gilt von der Aufhebung solcher Anordnungen.

Dem Vorstand des Vereins oder dem Herausgeber der periodischen Druckschrift wird auf Antrag ein kostenfreier Bescheid mit Angabe der Gründe erteilt; die Beschwerdefrist (§ 9 Absatz 3 des Gesetzes) wird hierdurch aber nicht verlängert.

2. Zu Maßnahmen nach § 8 des Gesetzes sind die Orts- und Bezirkspolizeibehörden und deren Beauftragte zuständig; über ein derartiges Einschreiten ist dem Minister des Innern sofort zu berichten. Gleichzeitig ist das Landespolizeiamt zu benachrichtigen.

3. Für die Beschlagnahme von Vereinsvermögen gemäß § 10 des Gesetzes sind neben dem Minister des Innern bei Gefahr im Verzug auch die Bezirksämter (Polizeidirektionen) zuständig. Von einer hiernach ausgesprochenen Beschlagnahme ist dem Minister des Innern unverzüglich Anzeige zwecks weiterer Veranlassung zu erstatten. Die Einziehung des Vermögens und die in § 10 Abs. 2 zugelassene Befriedigung von Gläubigern des Vereins erfolgt durch den Minister des Innern.

4. Die vorläufige Beschlagnahme einer gegen das Republiksschutzgesetz verstoßenden Einzelausgabe einer periodischen Druckschrift kann nach § 12 des Gesetzes in Verbindung mit dem Reichsgesetz über die Presse vom 7. Mai 1874 überall da erfolgen, wo sich Exemplare zum Zwecke der Verbreitung befinden. Zuständig für diese vorläufige Beschlagnahme sind die Bezirksämter (Polizeidirektionen), in deren Bezirk die Beschlagnahme erfolgen soll. Das weitere Verfahren richtet sich nach den Paragraphen 23 ff. des Pressegesetzes, § 98 Absatz 2 Satz 3 der Strafprozessordnung und § 12 a. E. des Republiksschutzgesetzes.

Karlsruhe, den 26. April 1930.  
Der Minister des Innern:  
J. Wittmann.

### Staatliches Neugut in Lauda.

Das Staatsministerium hat mit Entschliebung vom 14. April 1930 Nr. 3071 auf Grund des Enteignungsgesetzes ausgesprochen, daß die Eigentümer des im Gemann „Sandgrube“ der Gemarkung Lauda gelegenen Grundstücke Lgb. Nr. 6040 verpflichtet sind, vom westlichen Ende dieses Grundstücks eine Teilfläche von 180 qm an den badischen Staat — Innere Verwaltung — zum Zweck der Anlage eines Zufahrtsweges von der Oberlaubaer Straße zu dem staatlichen Neugut nach vorgängiger Entschädigung abzutreten.

Karlsruhe, den 25. April 1930.  
Der Minister des Innern:  
J. A. Krsperger.

### Bekanntmachung

Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung.  
Im Hinblick auf die schweren Störungen der öffentlichen Ordnung, die sich anlässlich der nationalsozialistischen Betankung in Durlach am 27. April 1930 ereignet haben, werden für das

Gebiet des Freistaats Baden bis auf weiteres auf Grund des Artikels 123 der Reichsverfassung in Verbindung mit § 30 des Bad. Polizeistrafgesetzbuchs alle öffentlichen Kundgebungen, Aufzüge und Umzüge, Durchmärsche und Versammlungen unter freiem Himmel oder in geschlossenen Räumen verboten, die unter Beteiligung von Mitgliedern außerbadischer nationalsozialistischer Organisationen in Bundesleitung veranstaltet oder von solchen besucht werden sollen.

Im übrigen bleibt es den Bezirksämtern (Polizeidirektionen) überlassen, alle Kundgebungen der oben angeführten Art ebenfalls zu verbieten, sofern durch die Beteiligung von Nationalsozialisten in Bundesleitung von außerhalb (außerorts) die Gefahr einer Störung des öffentlichen Friedens gegeben ist.

Karlsruhe, den 29. April 1930.  
Der Minister des Innern:  
J. Wittmann.

## Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurrücksetzungen usw.

der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:

Zum Gendarmerieoberwachmeister Gendarmeriehauptwachmeister Kamill Bruder in Petershal, Amt Oberkirch.

Planmäßig ange stellt:

Berthold Armbruster, Pfleger bei der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch.

Gewerbeaufsichtsbeamter Wilhelm Stuk beim Gewerbeaufsichtsamt zum Gewerbeobersekretär.

Berufen:

Verwaltungsinpektor Otto Dug beim Oberversicherungsamt Freiburg zum Bezirksamt daselbst.

Justizministerium

Zugelassen als Rechtsanwälte:

Rechtsanwalt Dr. Rudolf Walter beim Landgericht Karlsruhe nach Verzicht auf seine Zulassung beim Landgericht Heidelberg, Gerichtsassessor Dr. Friedrich Gaber aus Siegelbach beim Landgericht Mannheim.

Planmäßig ange stellt:

Gerichtsvollzieher Felix Scherny beim Amtsgericht Schwetzingen.

Berufen:

Justizobersekretär Friedrich Kamsteiner beim Amtsgericht Achern zum Landgericht Mannheim.

Gewölbe- und Widerlagererneuerung (rd. 28 m) im Reicholzheimer Tunnel zwischen Reicholzheim und Berthheim auf der Strecke Lauda-Berthheim öffentlich zu vergeben. Ausbruch etwa 760 cbm, Widerlageraufmauerung etwa 280 cbm, neues Gewölbe 208 cbm, Abdichtung 380 qm. Bedingungen und Zeichnungen beim Reichsbahnbauamt Lauda einzusehen, dort auch Abgabe der Bedingungen und Zeichnungen: 1. Leistungsverzeichnis kostenlos, 2. Fertigung 2 M., Zeichnung 1,50 M., besondere Vertragsbedingungen 1,50 M. Führungen durch die Baustelle am 5. und 9. Mai, beginnend 9 Uhr, bei der „Teilsbacher Mühle“. Angebote mit Aufschrift: „Angebot auf Gewölbe- u. Widerlagererneuerungen im Reicholzheimer Tunnel“, verschlossen, postfrei, bis zur Eröffnung am Donnerstag, 15. Mai 1930, 11 Uhr, hierher einzureichen. Zuschlagsfrist 4. Juni. D.428 Lauda, 22. 4. 1930.  
Reichsbahnbauamt.

## PORPHYRWERK DOSENHEIM

HANS VATER

DOSENHEIM A. D. RHEIN

LIEFERT AUS SCHLOSS- u. HECKENMARKBRUCH ERSTKLASSIGES

## STRASSENBAU-MATERIAL



## Badisches Landestheater

Mittwoch, 30. April  
\*A. 22. F. G. 901-1000 und 1001-1100

### Ingoborg

Komödie von Curt Göh  
Regie: Dr. Landgrebe  
Mitwirkende:  
Quaifer, Ziegler, Brand, Klobie, Müller  
Anfang 20 Ende geg. 22½,  
Preise A (0,70-5,-)  
Donnerstag, 1. Mai  
Dethello

## Bezirksparkasse Weil a. Rh.

(Öffentliche Verbandsparkasse)

Bilanz auf 31. Dezember 1929

Soll:		Haben:	
	RM		RM
1. Kasse	51 057,81	1. Spareinlagen	2 207 822,37
2. Girozentralen, Banken, Postsparkassen	75 990,82	2. Aufwertungseinlagen	465 204,48
3. Wechsel	151 137,69	3. Giro- und Kontokorrenteinlagen	432 785,67
4. Darlehen auf Hypotheken	2 315 107,20	4. Anleihen	823 066,25
5. Darlehen in laufender Rechnung an Private	555 377,06	5. Reservefonds per 31. Dezember 1928	100 994,88
6. Darlehen auf Schuldscheine	299 801,40	Reingewinn 1929	31 035,52
7. Darlehen an Reich, Länder und Gemeinden	256 809,26		132 030,40
8. Grundstückskaufschillinge	87 639,80		
9. Bombarddarlehen	2 203,40		
10. Rückstände	155 256,65		
11. Immobilien	110 528,08		
12. Mobilien	1,-		
	4 060 909,17		4 060 909,17

### Reservefonds

Bestand per 31. Dezember 1928 . . . . . 100 994,88 RM  
Zuweisung aus dem diesjährigen Reingewinn . . . . . 31 035,52 RM  
132 030,40 RM  
Gemäß § 10, Abs. 1 der Spartenfassung muß der Reservefonds mindestens 5% per Gesamtsumme der Einlagen betragen; also 5% aus 2 640 608,04 RM = 132 030,40 RM  
Differenz . . . . . — RM

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:  
Kraus, Bürgermeister.

Der Geschäftsleiter:  
Burgbacher.

## Gemeindesparkasse Plankstadt

Bilanz auf 31. Dezember 1929

Vermögen:		Schulden:	
	RM		RM
1. Kassenbestand	8 830,78	1. Spareinlagen	202 979,08
2. Guthaben bei Girozentralen und Postsparkassen	3 572,20	2. Aufgewertete Spareinlagen u. R.-R.-Einl.	79 608,82
3. Wertpapiere (Aufwertung)	2 050,-	3. Giro- u. R.-R.-Einl.	20 883,80
4. Wechsel	4 919,25	4. Anleihen- und andere Schulden	5 400,-
5. Darlehen auf Hypotheken	150 806,40	5. Ausgabenrückstände	7,85
6. Darlehen in laufender Rechnung an Private	19 445,81	6. Rücklagen:	
7. Darlehen auf Schuldscheine	71 414,53	a) gesetzl. Ref. Fonds	11 245,86
8. Aufwertungsforderungen (Zahlungsbetrag aus der Aufwertung)	47 420,99	7. Reingewinn vom Jahre 1929	3 461,16
9. Einnahmerückstände	8 318,43		
10. Gerätschaften	6 807,18		
	1,-		
	323 586,57		323 586,57

### Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:  
8% aus 223 862,88 RM Einlagen . . . . . 17 909,03 RM  
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1929 . . . . . 14 706,92 RM  
somit weniger . . . . . 3 202,11 RM

Plankstadt, den 25. April 1930.

Der Verwaltungsratsvorsitzende:  
Helming.

D.417

Der Geschäftsleiter:  
Seitz.

## Bad. Kommunale Landesbank

Girozentrale  
Zweiganstalt Karlsruhe

Karl-Friedrich-Straße 1 Ecke Zirkel

### Besorgung aller Bankgeschäfte

insbesondere

Pflege des öffentlichen Geldverkehrs :- Kreditthingabe an den gewerblichen Mittelstand

368

## 6% Goldanleihe von 1927 der Hauptstadt Mannheim

Die auf 1. VIII. 1930 fällige III. Tilgungsrate obiger Anleihe im Betrag von 204 500 RM ist durch Ankauf beschafft worden; eine Auslosung findet demnach in diesem Jahre nicht statt.

Mannheim, den 25. April 1930.  
Der Oberbürgermeister.

Wir werben für Sie!